

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 25. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Oktober 2006, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 383 der SPD-Fraktion

### **Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Wilfried Wengler (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften</b>	<b>5</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/863	
<b>b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/864	
<b>c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/865	
Stellungnahmen Umdrucke	16/1167, 16/1194, 16/1199, 16/1200, 16/1291, 16/1204, 16/1224, 16/1225, 16/1226, 16/1247
<b>2. Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Murmann School of Global Management and Economics</b>	<b>7</b>
Umdruck 16/813	
<b>3. Zukunft des UK S-H (Universitätsklinikum Schleswig-Holstein)</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/959	
<b>4. Angebot an Studienplätzen</b>	<b>9</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/941	

<b>5.</b>	<b>Schleswig-Holsteinische Hochschulbauplanung</b>	<b>10</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/962	
<b>6.</b>	<b>Terminplanung</b>	<b>11</b>
	Umdruck 16/1268	
<b>7.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>12</b>

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/863

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/864

**c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/865

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Stellungnahmen Umdrucke 16/1167, 16/1194, 16/1199, 16/1200,  
16/1291, 16/1204, 16/1224, 16/1225,  
16/1226, 16/1247

Auf Fragen von Abg. Birk erwidert St de Jager, die Zahl der unbefristet Angestellten betrage beim Institut für Weltwirtschaft 86, bei der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften 109 und beim Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften 47 Beschäftigte. Ein Rückkehrrecht der Beschäftigten in den Landesdienst habe man gesetzlich nicht verankert, weil der Gesetzgeber, sollte die Stiftung in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen, ohnehin tätig werden müsse. Das Gleiche gelte für die Frage der Gewährträgerhaftung. Das Grundvermögen der Stiftungen bleibe im Eigentum des Landes (§ 13).

Abg. Dr. Klug hingegen bekräftigt die Forderung der Betroffenen, ein Rückkehrrecht, das im Referentenentwurf noch enthalten gewesen sei, ins Gesetz aufzunehmen, was als vertrauensbildende Maßnahme nicht zu unterschätzen sei. Er unterstützt die Vorschläge des Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft und bittet das Wissenschaftsministerium um Stellungnahme dazu (Umdruck 16/1201).

Abg. Weber erklärt, die SPD-Fraktion habe noch Beratungsbedarf bei den Fragen Rückkehrmöglichkeit, Zusammensetzung des Stiftungsrates und jahresübergreifende Bewirtschaftung der Haushaltsmittel.

St de Jager äußert, gegen die Aufnahme der beiden ersten Punkte Weiterbildung und Kooperation habe er keine Bedenken. Das Recht des Stiftungsrates, in Angelegenheiten von forschungs- und wissenschaftspolitischer Bedeutung mitzuzentscheiden, könne nicht gestrichen werden, weil der Bund als Mitfinanzier und Mitglied im Stiftungsrat berechtigterweise in die Beratungen und Entscheidungen eingebunden sein wolle. An der Bindung der Bauaufgaben an die landeseigene GMSH müsse aus übergeordneten Gesichtspunkten festgehalten werden. Man habe mit dem Finanzministerium verabredet, dass die Beschwerden katalogisiert und abgestellt würden. Ebenso suche man mit dem Finanzministerium eine pragmatische, untergesetzliche Lösung, die die Bildung von Rücklagen ermögliche.

Weil die Meinungsbildung der Fraktionen noch nicht abschlossen ist, kommt der Ausschuss überein, die Beschlussfassung über die Gesetzentwürfe bis zur nächsten Sitzung am 9. November 2006 zurückzustellen und die zweite Lesung in der Landtagstagung Ende November vorzusehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Murmann School of Global Management and Economics**

Umdruck 16/813

St de Jager trägt den Sachstand, Umdruck 16/813, vor. Das Verfahren der Ausschreibung und Berufung von zwei Professorinnen oder Professoren werde gegenwärtig von der WiSo-Fakultät der CAU vorbereitet. Auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung der Murmann School of Global Management and Economics mit der Christian-Albrechts-Universität und dem Institut für Weltwirtschaft, das Ende Oktober unterzeichnet werden solle, sei die Gründung einer GmbH Murmann Förderstiftung vorgesehen, an der die CAU und das IfW als Gesellschafter beteiligt seien.

Abg. Birk fragt nach einer Befassung des Parlaments, der Höhe der Gebühren für die Studierenden und Regelungen zu Haftungsfragen.

Abg. Dr. Klug thematisiert die Fragen der öffentlichen Förderung der Murmann School, der Befristung der Förderzusage von Dr. Murmann auf sieben Jahre sowie des Umfangs der Personalausstattung.

St de Jager macht darauf aufmerksam, dass das Projekt im Doppelhaushalt haushaltsrechtlich abgesichert und das Land an der GmbH nicht beteiligt sei. Die Gebühren lägen für ein einjähriges Master-Programm deutlich über 15.000 €. Die Landesregierung habe sich für die Unterstützung dieses Projekts öffentlich-privater Partnerschaft entschlossen, das eine gute Ergänzung des wissenschaftlichen Bereichs in Schleswig-Holstein darstelle. Die Förderung des Landes sei auf sieben Jahre befristet; danach müsse sich die Einrichtung - wissenschaftlich evaluiert - wirtschaftlich im Wesentlichen selbst tragen. Im Unterschied zum Multimedia Campus übernehme das Land bei der Murmann School keine Bürgschaft und die Murmann School habe ihre Zielgruppe klar definiert. Für Overhead-Tätigkeiten seien 3,5 Stellen vorgesehen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Zukunft des UK S-H (Universitätsklinikum Schleswig-Holstein)**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/959

(überwiesen am 14. September 2006 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

Abg. Birk kritisiert die Höhe der anfallenden Gutachterkosten und die Tatsache, dass diese aus dem Innovationsfonds bezahlt würden.

Abg. Dr. Klug spricht den Investitionsstau an und fragt nach der Höhe der Baukosten, für die das Land aufkommen müsse.

St de Jager teilt mit, der Vorstand des UK S-H und die Gutachter seien gehalten, sich bis zum 15. Oktober 2006 auf eine gemeinsame Bewertung der Zahlen zu verständigen. Unternehmensrelevante Daten werde die Landesregierung nur dem vertraulich tagenden Beteiligungsausschuss zur Verfügung stellen.

Der Bildungsausschuss kommt überein, das Thema „Zukunft des UK S-H“ mit dem Wissenschaftsministerium in der nächsten Sitzung, am 9. November 2006, auf der Grundlage einer vorherigen schriftlichen Beantwortung von Fragen der Fraktionen ausgiebig zu erörtern.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/959 abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Angebot an Studienplätzen**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/941

(überwiesen am 15. September 2006 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/941, ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holsteinische Hochschulbauplanung**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/962

(überwiesen am 14. September 2006)

Mit Zustimmung des Antragstellers empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag für erledigt zu erklären unter der Maßgabe, dass das Wissenschaftsministerium den Bildungsausschuss Anfang 2007 darüber unterrichtet, welche schleswig-holsteinischen Hochschulbauprojekte im Rahmenplan in welcher Größenordnung vorgesehen, im Haushalt aber noch nicht ausfinanziert seien. Außerdem soll das Wissenschaftsministerium den Ausschuss zu gegebener Zeit darüber informieren, welche weiteren Vorhaben mit welcher Dimension der Wissenschaftsrat begutachtet und kategorisiert hat.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Terminplanung**

Der Bildungsausschuss beschließt die mit Umdruck 16/1268 geänderte Terminplanung bis zum Sommer 2007.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Dr. Klug bittet das Wissenschaftsministerium, den Ausschuss zur nächsten Sitzung über seine Überlegungen zum Hochschulstandort Eckernförde zu unterrichten.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:40 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer